

Zu den Schlossfestspielen will er auf alle Fälle kommen

Der neue Finanzminister Willi Stächele muss sich – im Gegensatz zu Vorgänger Stratthaus – erst noch in die Heidelberger Probleme einarbeiten

Von Ingrid Thoms-Hoffmann

Der Eindruck trägt: Nein, der „Hortus Palatinus“ ist nicht tot. Hinter den Kulissen geht's noch zur Sache. Weil aber Behörden bekanntermaßen langsamer arbeiten als Privatwirtschaftler, zieht sich alles ein bisschen in die Länge. Immerhin im nächsten Sommer soll eine „ernsthafte Diskussion“ in Gang kommen. Das ist die gute Nachricht, die der neue Finanzminister Willi Stächele (Foto: Kreutzer) gestern aus Stuttgart mitbrachte. Die weniger gute: Erste Untersuchungen zur Standfestigkeit des Mauerwerks der Terrassenanlagen kommen zu dem Ergebnis: Die Mauern sind ziemlich marode und müssen für 15 bis 20 Millionen Euro saniert werden.

Bekanntermaßen ist der Finanzminister der Herr über die Schlösser und deren Gärten. Und machte sich Vorgänger Gerhard Stratthaus stark für die Wiederherstellung des in Teilen gebauten Re-

naissancegartens, so gibt sich sein Nachfolger doch etwas be-

deckter. „Wir müssen erst einmal die europaweite Architektenausschreibung abwarten.“

Und wie sieht es mit dem Besucherzentrum auf dem Schloss aus, das ja so dringend benötigt wird? „Das ist in der Konzeptionsphase“. Wenn alles gut läuft, dann kann es in zwei, drei Jahren verwirklicht werden. Unumwunden gibt der leutselige Südbadener Stächele zu, einst vor langer, langer Zeit auf dem Schloss gewesen zu sein. Natürlich wird er die nächste Zeit dorthin kommen. Dass er als Schirmherr heute nicht bei der Eröffnung der Schlossfestspiele dabei sein kann, bedauert er. Sagte aber zu: „Ich komme auf alle Fälle in den nächsten Wochen.“ Das Programm nahm er schon einmal mit.

Aber das ist für einen Minister quasi die Kür, die Pflicht sieht ganz anders aus. Da will er gleich nach den Sommerferien unbedingt einen Termin mit Oberbürger-

meister Eckart Würzner ausmachen. Mit den drängendsten Problemen wurde Stächele schon mal in der Redaktion der Rhein-Neckar-Zeitung konfrontiert: Wie sieht es mit Zuschüssen aus dem Sanierungstopf für das Stadttheater in der Altstadt aus? Und: Was ist finanziell von Seiten des Landes zu erwarten, sollte der Gemeinderat einem Neckarufer-Tunnel zustimmen? In Oberbürgermeister Würzner habe Heidelberg einen engagierten Vertreter seiner Belange, meinte der CDU-Politiker. Zwar habe er auch schon mehrfach Kontakt mit seinem „Duz“-Partner gehabt, aber in die speziellen Interna müsse er sich erst noch einarbeiten.

Eines dürfte der Minister aber mit in die Landeshauptstadt nehmen: Heidelberg lebt nicht vom Schloss alleine. Zwar mag das Image der Neckar-Perle nach wie vor ein glänzendes sein, es müssen aber einige Anstrengungen unternommen werden, um die Stadt zukunftssicher zu machen. Dass das Geld kostet, wird den Finanzminister vermutlich weniger freuen.

»Größtes Bienensterben in Deutschland«

Streit über Gesundheitsrisiken entbrennt

Von Arnold Rieger

Karlsruhe. Nach dem massenhaften Bienensterben am Oberrhein schließt Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) Folgen für andere Insekten nicht aus. »Wo Honigbienen sterben, da liegt die Vermutung nahe, dass auch Wildbienen geschädigt wurden«, sagte Hauk gestern bei einer Expertentagung in Karlsruhe.

Es gebe bislang keine entsprechenden konkreten Beobachtungen. Verlässliche Aussagen zu geschädigten Populationen bei Wildtieren sind nach Ansicht Hauks aber erst bis Mitte 2009 möglich.

In den vergangenen Wochen waren hunderte Bienen-

völker durch das Pflanzenschutzmittel Clothianidin vernichtet worden, das im Maisanbau verwendet wurde. Nach Ansicht von Peter Rosenkranz, einem Experten für Bienenzucht an der Universität Hohenheim, handelt es sich bei dem jüngsten Massensterben um »den bisher größten dokumentierten Vergiftungsfall für Deutschland«.

Der Verzehr von Honig und Erdbeeren, Gemüse und Wasser sei nach wie vor nicht gesundheitsschädlich, sagte Hauk vor rund 100 Wissenschaftlern, Imkern, Politikern und Vertretern der betroffenen Unternehmen.

Nach Angaben des Ministeriums sind 700 Imker mit 11 500 Bienenvölkern betrof-

fen. Mit einer neuen Imagekampagne will das Land bereits bald für Honig aus Baden-Württemberg werben. Hauk war am Vortag von den Grünen und einigen Fachleuten scharf kritisiert worden.

Aus Sicht der Landtagsopposition hätte der Minister das Pflanzenschutzmittel Clothianidin schon vor Jahren zum Schutz der Bienen verbieten müssen.

Nach Ansicht des Bienenexperten Jean-Marc Bonmatin vom Centre National de la Recherche Scientifique aus Orléans hatte die Herstellerfirma Bayer selbst auf die Gefahr für die Bienen und die lange Haltbarkeit des Gifts im Boden hingewiesen.

Imker beschwören

seit zehn Jahren

Gefahr von Pestiziden

Seit Jahren sei bekannt, dass Clothianidin auch der Gesundheit von Menschen schaden könne, sagte der französische Arzt und Inhaber eines Labors für Bienenprodukte, Albert Becker. Bisher fehlten aber Langzeitstudien.

Auch der stellvertretende Vorsitzende der badischen Imker, Manfred Raff, warf Hauk Untätigkeit vor: »Seit zehn Jahren weisen wir auf unseren Fachtagungen auf die Gefährlichkeit von Pestiziden wie Clothianidin und verwandten Stoffen hin, passiert ist nichts.«

Bienensterben: Die Schuldigen sind noch nicht überführt

Wer hat Maissaatgut schlampig mit dem Gift behandelt? – Laboranten leisten Detektivarbeit / Protest der Imker

Von unserem Redaktionsmitglied
Elvira Weisenburger

Karlsruhe. Wer ist schuld am massenhaften Bienensterben in der Rheinregion? Die Antwort auf diese Frage wird längst nicht so einfach und eindeutig zu finden sein, wie manche Beteiligte anfangs zu hoffen wagten. Die eine böse Übeltäter-Firma, der eine Panne bei der Pestizid-Behandlung von Maissaatgut unterlaufen ist – sie existiert nicht. „Wir haben noch keine klare Indizienkette, um einer ganz bestimmten Firma habhaft zu werden“, erklärte Agrarminister Peter Hauk (CDU) gestern in Karlsruhe anlässlich einer großen Expertenanhörung zum Bienensterben.

Nach bisherigen Erkenntnissen gibt es gleich mehrere Saatgutunternehmen, deren Maiskörner schlampig mit dem hochgiftigen Clothianidin gebeizt war. „Wir haben systematisch Saatgutreste aufgekauft, um sie zu überprüfen“, sagte Hauk. Klebt das Nervengift, das eigentlich den Maiswurzelbohrer unschädlich machen sollte, richtig an den Maiskörnern?

Oder staubt es etwa schon, wenn der Sack mit dem Saatgut aufgerissen wird? Das sind Kriterien, nach denen Wissenschaftler des Landwirtschaftlichen Technologiezentrums Augustenberg (LTZ) in Karlsruhe die Maiskörner untersuchen. Ergebnisse nach rund 90 verschiedenen Tests: Die Mengen des freigesetzten Giftes sind extrem unterschiedlich.

Zum Verdächtigenkreis gehören rund zehn Saatgutfirmen. Aber: „Diese Firmen lassen das Saatgut auch im Ausland beizen“, sagte Michael Glas, Abteilungsleiter am LTZ. Aufträge gingen zum Beispiel auch nach Osteuropa, und mehrere Konkurrenzfirmen lassen möglicherweise bei denselben Partnern das Saatgut behandeln. Reinste Detektivarbeit ist deshalb nötig. „Es muss auch überprüft werden, ob

beim Beizen die technischen Vorgaben von Bayer eingehalten werden“, sagte Pflanzenschutzexperte Glas. Denn ein Tochterunternehmen des Konzerns Bayer stellt das Clothianidin-haltige Insektizid, dem die Bienen zum Opfer fielen, unter dem Produktnamen „Poncho“ her. Weltweit setzte Bayer voriges Jahr nach eigenen Angaben 237 Millionen Euro mit dem Insektengift um – den Löwenanteil davon in den USA und Lateinamerika.

Fraglich ist, ob bereits in früheren Jahren schlampig behandeltes Saatgut in Umlauf war. Möglicherweise hat früher nur der Frühjahrsregen die giftigen Stäube rechtzeitig abgewaschen. „Wir hatten dieses Jahr eine fürchterliche Konstellation“, sagt Michael Glas: Die Mais-Aussaat habe fast zwei Wochen später begonnen als gewöhnlich, so dass der Raps schon blühte und die Bienen bereits aktiv waren. Die Trockenheit habe entscheidend zum verheerenden Bienensterben beigetragen.

Heftig verwahrte sich Minister Hauk gestern gegen die Vorwürfe der Opposition, er habe zu spät gehandelt und alarmierende Erkenntnisse aus dem Ausland über das Pflanzenschutzmittel ignoriert. „Wir haben das nicht gewusst“, betonte Hauk. „Es gab keine offiziellen Warnungen oder Hinweise aus dem Ausland.“ Mit einem Seitenhieb auf die rot-grüne Ära verwies der CDU-Minister darauf, dass das Insektizid Poncho im Jahre 2004 die deutsche Zulassung vom zuständigen Bundesamt erhielt: „Ich erinnere an die damalige Regierung.“

Ob das für Insekten extrem giftige Clothianidin künftig als Maisbeize in Deutschland verboten bleibt – darüber will das Bundesamt für Verbraucherschutz nächste Woche entscheiden, wie ein Vertreter gestern in Karlsruhe ankündigte. Derzeit ruht die Zulassung nur. Egal wie die Entscheidung ausfällt: Die zu-

tiefst frustrierten Imker wird das wenig trösten. Sie protestierten gestern vor dem Tagungsort in Karlsruhe-Grötzingen. „Stirbt die Biene, stirbt der Mensch“, „330 Millionen Bienen tot“, hatten sie anklagend auf Transparente geschrieben und davor zahllose tote Bienen ausgestreut. Hauks erneute Beteuerung, die Imker sollten voll entschädigt werden, registrierten sie resigniert-ungläubig. Für einen Schadenersatzprozess muss erst der Schuldige ermittelt sein. Und die von Land und Bayer versprochenen zinslosen Darlehen? Da lachte Manuel Duffner, Berufsimker aus Südbaden, gestern bitter: „Zinslos oder nicht: Wovon sollen wir solche Kredite denn zurückzahlen?“

Hintergrund

Gefahr für Mensch und Vögel?

Nach dem Massensterben der Bienen stellt sich die Frage: Welche Folgen hat das freigesetzte Gift für andere Tiere und für den Menschen? Bei der Experten-Anhörung gab es da gestern vor allem Beruhigungsspillen. „Uns liegen keine Hinweise auf Vergiftungen bei Menschen vor“, erklärte Martina Erdtmann-Vourliotis vom Bundesamt für Verbraucherschutz. Clothianidin werde nicht im Fettgewebe eingelagert. Minister Hauk verwies auf Tests an Honig, Obst, Gemüse, die keine nennenswerten Belastungen ergeben hätten. Und um Vögeln zu schaden, müssten die Konzentrationen in Insekten um ein 1 000-faches höher sein, so hieß es.

Die Schädigung von Insekten soll die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) in Karlsruhe näher untersuchen. Doch Abteilungsleiter Werner Franke stellte klar: „Belastbare Ergebnisse“ gebe es frühestens 2009. ew

3

Fragen an ...

... Andre Baumann, Landesvorsitzender des Naturschutzbundes (Nabu)

, zu den Folgen des Giftskandals und des Bienensterbens in der Rheinebene.

1. Welche andere Tierarten sind nach Ihrer Einschätzung von dem Giftskandal betroffen und welche Hinweise liegen Ihnen vor?

Baumann: Da unzählige geschützte Schmetterlinge und Wildbienenarten sich ähnlich wie Honigbienen ernähren, müssen wir davon ausgehen: Es gibt neben einem Massensterben der Honigbienen auch ein Massensterben geschützter Insekten. Wildbienen leben im Gegensatz zu Honigbienen einzeln, brüten nicht in Bienenstöcken. Sie sterben heimlich und leise. Man findet deshalb keine massenhaft verendeten Tiere. Aber Hinweise gibt es, z. B. Funde von toten Vögeln. Diese hat der Nabu an Labors geschickt. Nun warten wir auf die Ergebnisse.

2. Welche längerfristigen Folgen kann der Clothianidin-Eintrag in der Nahrungskette, auf Pflanzen und Böden nach Ihrer Einschätzung haben?

Baumann: Wildbienen, Schmetterlinge und andere blütenbesuchende Insekten haben wichtige ökologische Funktionen. Werden die Blüten von Apfelbäumen nicht bestäubt, gibt es keine Äpfel. Seltener Wildpflanzen geht es genauso. Werden z. B. bestimmte Orchideen nicht von ganz bestimmten Hum-

meln oder Wildbienen bestäubt, bilden sie keine Samen – es gibt keinen Nachwuchs. Im schlimmsten Fall können die Orchideen in einem Schutzgebiet aussterben. Eine erste grobe Schätzung hat ergeben: Bis zu 27 000 Hektar Naturschutzflächen mit geschützten Insektenarten können betroffen sein. Das macht mir Angst. Es muss auch geprüft werden: Reichert sich das Gift in der Nahrungskette bis zu toxischen Dosen an?

3. Von der Landesregierung haben Sie weitreichendere Maßnahmen als den Waben-Austausch gefordert. Wie könnten Schäden begrenzt werden?

Baumann: Wildbienen und Schmetterlinge muss mit breit angelegten Pflegemaßnahmen geholfen werden, vor allem mit Blühstreifen entlang der Feldränder. Unsere Landschaft ist arm an bunten Blüten. Hummeln, Wildbienen und Schmetterlinge finden oft kaum Nahrung. Wir haben die Landesregierung darum gebeten, die betroffene Region mit einem bunten Netz aus blumenbunten Blühstreifen zu durchziehen. Das ist ökologisch dringend notwendig und sieht auch noch sehr schön aus. ew

„Größter Vergiftungsfall in der Imkerei“ Experten tagen zu Bienentod

KARLSRUHE (Isw). Nach dem massenhaften Bienensterben am Oberrhein schließt Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) auch Folgen für andere Insekten nicht aus. Ursache war ein Saatgutbeizmittel für Mais.

„Wo Honigbienen sterben, da liegt die Vermutung nahe, dass auch Wildbienen geschädigt wurden“, sagte Minister Hauk am Freitag bei einer Expertentagung in Karlsruhe. Es gebe bisher keine entsprechenden konkreten Beobachtungen. „Gleichwohl können Schäden bei Wildbienen und eventuell anderen Insektengruppen nicht ausgeschlossen werden.“ Verlässliche Aussagen zu geschädigten Populationen bei Wildtieren sind nach Ansicht Hauks erst bis Mitte 2009 möglich.

In den vergangenen Wochen waren Hun-

derte Bienenvölker durch das Saatgutbeizmittel Clothianidin vernichtet worden, das im Maisanbau verwendet wurde. Nach Ansicht von Peter Rosenkranz, dem Leiter der Landesanstalt für Bienenkunde in Stuttgart-Hohenheim, handelt es sich bei dem jüngsten Massensterben wegen der hohen Zahl der betroffenen Imker und Bienenvölker um „den bisher größten dokumentierten Vergiftungsfall für Deutschland“. Unter anderem seien die Schädigungen wegen des langanhaltenden guten Wetters nach der Maisaussaat nicht abgeebbt. „Selbst nach Ende der Raps- und Obstblüte und dem ersten Regen wurde bei den betroffenen Völkern weiterhin Totenfall, insbesondere über Nacht, beobachtet.“

Der Verzehr von Honig und Erdbeeren, Gemüse und Wasser sei nach wie vor nicht gesundheitsschädlich, sagte Hauk vor rund 100 Wissenschaftlern, Imkern, Politikern und Vertretern der betroffenen Unternehmen weiter. Auch Kirschen oder Salat, Spinat und Petersilie seien nicht betroffen. „Ich kann Entwarnung geben.“ Die meisten im Rahmen eines Monitoringprogramms untersuchten Proben seien nicht beanstandet worden. „Die Verbraucher können die Lebensmittel aus der Region ohne Bedenken weiterhin genießen“, erklärte der Minister.

Die Verhandlungen mit Imkerverbänden über eine finanzielle Hilfe für die geschädigten Bienenzüchter laufen laut Hauk weiter. „Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir gemeinsam zu einer raschen und für die Imker zufriedenstellenden Regelung kommen werden.“ Nach Angaben des Ministeriums sind 700 Imker mit knapp 11 500 Bienenvölkern betroffen. Die Entschädigung für die Züchter setze sich vorrangig zusammen aus dem Kauf neuer Bienenvölker und deren Ableger und dem entgangenen Gewinn aus dem Honigverkauf, sagte Hauk. Mit einer neuen Imagekampagne will das Land bereits bald für Honig aus Baden-Württemberg werben.

Hauk war am Vortag von den Grünen und einigen Fachleuten scharf kritisiert worden. Aus Sicht der Landtagsopposition hätte der Minister das Pflanzenschutzmittel Clothianidin schon vor Jahren zum Schutz der Bienen verbieten müssen. Nach Ansicht des Bienenexperten Jean-Marc Bonmatin vom französischen Centre National de la Recherche Scientifique aus Orléans hatte die Herstellerfirma Bayer selbst auf die Gefahr für die Bienen und die lange Haltbarkeit des Gifts im Boden hingewiesen. Der Naturschutzbund Nabu forderte am Freitag, den massiven Pestizideinsatz in der Landwirtschaft zu beenden.

Feinstaub

Umweltzonen stinken den Bürgern

STUTTGART (Isw) - Die Einführung der Umweltzone hat in mehreren betroffenen Städten bisher nicht zur Verbesserung der Luftqualität beigetragen. Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) verteidigte die Maßnahme: „Wir haben immer gesagt, wir können nicht kurzfristig mit großen Erfolgen rechnen“.

„Der bürokratische Aufwand ist viel zu hoch für den Effekt, den wir erreichen“, sagte der Fachbereichsleiter für Umweltschutz bei der Stadt Mannheim, Josef Kraus. In mehreren Städten wurde der EU-Grenzwert für die Feinstaubbelastung weiter überschritten. In Stuttgart wollen zwei Vermieter die Stadt vor Gericht dazu zwingen, die Abgase am Neckartor zu verringern. „Die Umweltzone hat sogar eine Verschlechterung gebracht“, sagte Anwalt Roland Kugler.

Mit dem Start der Umweltzone zum 1. März wurde in Stuttgart das Durchfahrtsverbot für Lastwagen aufgehoben. „Der Lkw-Verkehr hat dramatisch zugenommen, seit die Umweltzone eingeführt wurde“, sagte Reimund Elbe vom ADAC Württemberg. Nach Angaben des Umweltamts wurde der EU-Grenzwert für Feinstaub von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft am Neckartor seit Jahresbeginn bisher an 41 Tagen überschritten. Erlaubt sind jährlich 35 Tage.

Luft hat sich nicht verbessert

Auch in anderen Städten herrscht Unzufriedenheit über die Umweltzonen. Die Luftqualität habe sich nicht verbessert, hieß es in Ilsfeld (Kreis Heilbronn), Leonberg und Reutlingen. Der Leonberger Verkehr mache nur 44 Prozent der Feinstaubbelastung aus, sagte Sprecherin Susanne Widmaier. Die zwei angrenzenden Autobahnen seien von der Umweltzone aber ausgenommen. Der Einzelhandel habe außerdem seit Einführung der Zone Einbußen verzeichnet. In Leonberg sei der Grenzwert seit Anfang des Jahres bereits an 25 Tagen überschritten worden. Umweltzonen gibt es seit März außerdem in Ludwigsburg, Schwäbisch Gmünd und Tübingen.

In Reutlingen habe es seit Januar 30 Überschreitungen des Grenzwerts gegeben, sagte Sprecherin Sabine Künschbach. Die Umweltzone sei „bürokratischer Unsinn“, zumal sich die Regelung nicht auf die Hauptdurchfahrtsstraße von Stuttgart in die Schwäbische Alb erstrecke. Der Ilsfelder Bürgermeister Thomas Knödler sagte: „Nach unseren Beobachtungen fährt deswegen kein Fahrzeug weniger durch Ilsfeld. Wir stellen diesen Aktionismus in großem Maße infrage.“

Hohe Kosten für Kommunen

Die Umweltzone hat die Stadt Mannheim nach Angaben Kraus bisher rund 270 000 Euro für Fachmittel

und Personal gekostet. Außerdem hätten zehn Bürger Verfahren gegen die Stadt eingeleitet, weil diese eine Ausnahmegenehmigung von der Plattenpflicht abgelehnt hatte.

Auch Stuttgarts Umweltbürgermeister Matthias Hahn verwies auf die positive „psychologische Wirkung“. Die Feinstaubmesswerte könnten allerdings nicht als Maßstab dienen, denn wolle man die Werte am Neckartor dauerhaft unter den Grenzwert drücken, müsse man die Hälfte aller Stuttgarter Fahrzeuge aus dem Verkehr ziehen. Für solch „drastische Maßnahmen“ gebe es „überhaupt keinen Konsens“.

Anwalt Kugler hat der Stadt Stuttgart dennoch ein Ultimatum bis Ende Juli gesetzt, um sich zu Maßnahmen gegen den Feinstaub bis Jahresende zu verpflichten. Seine Mandanten fordern, das Lkw-Verbot am Neckartor wieder einzuführen und ein Tempolimit von höchstens 40 Stundenkilometern vorzuschreiben. Handele die Stadt nicht, werde er Klage einreichen.

Kugler beruft sich auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 2007, wonach Anwohner besonders belasteter Gegenden bei einer Überschreitung des Grenzwerts Sofortmaßnahmen für eine bessere Luft einfordern können. Die Stadt will das Schreiben prüfen.